



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bamberger: Staatenbund von Nordeuropa. 6.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Staatenbund von Nordeuropa

Von Justizrat Bamberger

Aufsätze über den Staatenbund von Nordeuropa aus der Feder desselben Verfassers finden sich in den Heften 38, 43, 49 des Jahres 1914 und in den Heften 2 und 23 des Jahres 1915.

6.



Papst Benedikt XV ist, wie berichtet wurde, im Interesse der Beendigung des Krieges mit dem König von Belgien in Verbindung getreten, doch haben seine Bemühungen bisher nicht zum Erfolg geführt. Die Bedeutung des Vorganges ist kaum genügend gewürdigt, obwohl von vornherein angenommen werden konnte, daß Papst Benedikt sich zu diesem Schritt nicht entschlossen haben würde, wenn er ihn für aussichtslos gehalten hätte. Seine beharrlichen Bemühungen um die Wiederherstellung des Friedens und um die Linderung der Schrecken des Krieges müssen jeden Menschenfreund mit Bewunderung und Dankbarkeit erfüllen, zumal da unverkennbar ist, daß auch einsichtige und tatkräftige Männer angesichts des ungeheuren Schreckens, der die Welt erfüllt, wie gelähmt die Hände in den Schoß legen. Sein erstes Sendschreiben an die Katholiken des Erdkreises vom 8. September 1914 verhallte in dem Lärm der Waffen. Unbeirrt dadurch ließ er die umfassende Enzyklika vom 1. November 1914 folgen und beschwor die Lenker der kriegsführenden Staaten von neuem, ihren Völkern die Wohlthaten des Friedens wiederzugeben. Kurz darauf erging die Mahnung an die Katholiken Italiens, das Neutralitätsprinzip fest aufrecht zu erhalten, die Mahnung an die italienische Presse, ja nicht gegen die eine oder andere Nation den Krieg zu befürworten. Es folgte die ergreifende Bitte an die Oberhäupter der streitenden Mächte, wenigstens für die Dauer des Weihnachtsfestes eine kurze Waffenruhe eintreten zu lassen. Sie war nicht von Erfolg gekrönt. „Aber dadurch nicht entmutigt“, erwiderte der Papst bei der Weihnachtsaudienz am 24. Dezember 1914 auf die Ansprache des Kardinals Bannutelli, „wollen Wir unsere Anstrengungen verdoppeln, um das Ende des nie dagewesenen Ungemachs zu beschleunigen oder wenigstens die traurigen Folgen zu mildern.“ Er ließ nicht nach in seinen Bemühungen und wußte es zu erreichen, daß die kriegsführenden Mächte sich zu einem Austausch von kriegsgefangenen Militär- und Civilpersonen in der Erkenntnis des

gemeinsamen Interesses vereinigten. Man darf erwarten, daß Papst Benedikt bei diesem Erfolge nicht stehen bleiben wird. Alle seine Kundgebungen lassen erkennen, daß er Herzensgüte mit Weltklugheit und Beharrlichkeit vereinigt. Deswegen verdient auch der Versuch, Belgien zum Einlenken zu bestimmen, ernste Beachtung. Er dürfte auf der Erwägung beruhen, daß die Lösung der belgischen Frage den Anfang und die Vorbedingung des allgemeinen Friedensschlusses bilden müsse. Heute besteht ja kein Zweifel mehr darüber, wie es gekommen ist, daß Belgien an dem Streit der Großmächte teilnahm. Dem fortgesetzten Drängen Englands und Frankreichs gegenüber war der belgische Kleinstaat mit seinen sieben Millionen Einwohnern ohnmächtig; seine Generalstabschefs Ducarme und Jungbluth verloren gegenüber den englischen Militärattachés Barnadiston und Bridges, die sie seit dem Januar 1906 rücksichtslos bestürmten, allmählich jede Widerstandskraft, bis Belgien am 23. April 1912 den Schlag ins Gesicht hinnehmen mußte, den ihm der Oberstleutnant Bridges versetzte. (Vergleiche „Staatenbund von Nordeuropa“ in den Grenzboten vom 13. Januar 1915, Seite 47 ff.) Nie ist bekannt geworden, daß Belgien bei seiner erzwungenen Stellungnahme ernsthaft eigene Interessen verfolgt hätte. Es war und ist der Spielball fremder Mächte. So aus der natürlichen Schwäche des Kleinstaats, erklärt es sich, daß dieses Land unter den Schrecken des Krieges mehr zu leiden hatte, als irgend ein anderes. Daß diese Leiden bei der Bevölkerung, wie bei der Regierung Erbitterung hervorgerufen haben, läßt sich verstehen. Die naheliegende Befürchtung, das bisher doch dem Namen nach unabhängige Land werde beim Friedensschluß einfach dem Deutschen Reich einverleibt werden, konnte auch nicht zur Beruhigung der erregten Gemüter und zur Anbahnung einer Verständigung beitragen. Aus diesen und naheliegenden anderen Gründen läßt es sich begreifen, wenn der Versuch, den König Albert zur Einleitung von Friedensverhandlungen zu veranlassen, ohne Ergebnis geblieben ist. Es wird sich fragen, ob diese Sachlage durch die Eröffnungen des deutschen Reichskanzlers in der Sitzung des Reichstages vom 10. Dezember 1915 eine Änderung erfahren hat. Der Reichskanzler erklärte: Die Feinde im Osten und Westen sollen nach dem Friedensschluß nicht mehr über Einfallstore verfügen, durch die sie uns künftig von neuem bedrohen. Auch dagegen müssen wir uns sichern, daß England und Frankreich in Zukunft Belgien als ihr Aufmarschgebiet betrachten können. Welche Garantien wir in der belgischen Frage fordern werden, läßt sich nicht bestimmen. Doch werden die Garantien um so stärker sein müssen, je erbitterter wir noch bekämpft werden sollten. Aus den Worten läßt sich nicht entnehmen, daß die deutsche Regierung eine Einverleibung Belgiens für unerlässlich erachtet. Unerlässlich erscheinen hingegen Garantien politischer und militärischer Natur dafür, daß Belgien in Zukunft nicht mehr das Aufmarschgebiet der Engländer und Franzosen darstellt. Welche Garantien zu fordern sind, soll bis zu einem gewissen Grade davon abhängig gemacht werden, wie sich Belgien im weiteren

Verlauf des Krieges verhalten wird. Die Erklärung des Reichskanzlers ist von großer Tragweite. Noch einmal soll das Schicksal Belgiens in seine eigenen Hände gegeben werden. Obwohl sich das Land Deutschlands Feinden verschrieben hat, obwohl es unter schweren Opfern bis auf einen kleinen Teil erobert ist und seit Jahr und Tag unter deutscher Herrschaft steht, soll doch von dem Recht des Siegers kein rücksichtsloser Gebrauch gemacht werden. Die belgischen Interessen sollen geschont werden, soweit es die Rücksicht auf die Sicherheit des Deutschen Reiches zuläßt. Der Ausgleich der Interessen beider Teile wird sich um so leichter vollziehen, je entschiedener Belgien seine feindselige Stellung gegen das Deutsche Reich aufgibt. Damit ist König Albert neuerdings vor eine folgenschwere Entscheidung gestellt. Vielleicht konnte er bei Ausbruch des Krieges im Hinblick auf die nun einmal bestehenden Abmachungen nicht anders handeln, als es geschehen ist. Welche Entscheidung er zum Besten seines schwerkgeprüften Landes getroffen haben würde, wenn er die Entwicklung der Dinge hätte voraussehen können, ist eine müßige Frage. Nach menschlichem Ermessen wäre aber Belgien im Bunde mit Deutschland besser gefahren. Noch einmal bietet sich jetzt unter veränderten Verhältnissen die Möglichkeit einer Verständigung. Der Krieg hat ausgiebige Gelegenheit gegeben, die militärische und wirtschaftliche Kraft Deutschlands mit der seiner Gegner zu vergleichen und zu beurteilen, ob mit Sicherheit darauf zu rechnen ist, daß Deutschland, im Westen und Osten siegreich, nun plötzlich überwältigt werden wird. Die belgische Bevölkerung, der auch deutsche Verwaltung nicht fremd geblieben ist, kann nun selbst urteilen, ob ihr Staatswesen in Anlehnung an die stärkste Militärmacht Europas nicht auf besseren Schutz rechnen kann, als mit Hilfe seiner bisherigen Bundesgenossen. Daß diese einer Lösung der belgischen Frage in dem angedeuteten Sinne unter allen Umständen abgeneigt sein würden, läßt sich kaum behaupten. Sollten sie des Krieges müde sein, wofür manche Zeichen sprechen, so könnte ihnen eine derartige Lösung vielmehr willkommen erscheinen, um sich aus einer schwierigen Lage zu befreien. Denn sie wären insoweit eigener Opfer überhoben und nicht genötigt, einen treuen Bundesgenossen preiszugeben. Nach den bekannten, offenbar wohlüberlegten Erklärungen hervorragender Mitglieder des englischen Oberhauses scheint sich dort jedenfalls die Erkenntnis Bahn zu brechen, daß es den englischen Interessen entspricht, wenn Verhandlungen zur Beendigung des Krieges eingeleitet werden.

